



**PRESSESTELLE  
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE  
Philipp Kardinahl**

**Anschrift** Berufsverband  
Deutscher  
Psychologinnen  
und Psychologen  
Am Köllnischen Park 2  
10179 Berlin

**Telefon** + 49 30 - 209 166 - 620  
**Telefax** + 49 30 - 209 166 – 77 620  
**E-Mail** [presse@bdp-verband.de](mailto:presse@bdp-verband.de)

## Pressemitteilung des VPP und der BDP-S

### Wir wollen nicht warten, bis wir alt und grau sind!

#### Verband Psychologischer Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten im BDP (VPP) unterstützt Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in Ausbildung (PiAs) bei bundesweitem Protest

Laut einer großen Studie der Bundespsychotherapeutenkammer warten Menschen, die unter psychischen Störungen leiden, im Bundesdurchschnitt ca. 20 Wochen auf einen Therapieplatz. Aber auch um den Psychotherapie-Nachwuchs ist es derzeit schlecht bestellt! Es gibt zwar junge Menschen, die diese Tätigkeit ausüben wollen, aber gegenwärtig wird ihnen durch ein veraltetes Gesetz dieser Weg unnötig schwer gemacht. Vieles ist nicht ausreichend klar geregelt, beispielsweise ist der Zugang zur Psychotherapieweiterbildung regional sehr unterschiedlich. In manchen Bundesländern braucht man hierfür einen Master-Abschluss, in anderen ist ein Bachelor ausreichend. Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in Ausbildung (PiAs) werden während der 1,5 Jahre dauernden Praxisphasen in Kliniken häufig nicht bezahlt. Sie erhalten also nicht einmal den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn, der sogar für Praktika gezahlt werden muss, obwohl sie bereits ein fünfjähriges Studium der Psychologie (im Kinder- und Jugendbereich der Pädagogik) absolviert haben.

Die Novellierung des Psychotherapeutengesetzes sollte vor allem die Bezahlung nach dem Studium klar regeln, aber sie dauert schon mehrere Jahre an und hat in dieser Zeit die Situation der PiAs noch nicht verbessert. Und auch die Patientinnen und Patienten warten noch immer. Darum haben die Psychologiestudierenden in Deutschland erneut zum bundesweiten Protest aufgerufen, um den Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in Ausbildung Gehör zu verschaffen. Das soll die neue Bundesregierung auffordern, den Novellierungsprozess zu einem guten Ende zu bringen und die Vergütung der PiAs kurz- und langfristig zu sichern. Zurzeit müssen sich PiAs häufig über Nebenjobs

finanzieren, während sie eigentlich ihre ganze Energie in die qualifizierte Behandlung einbringen möchten.

Die Forderungen im Einzelnen sind:

- **Vergütung:** Die Vergütung der PiAs muss kurzfristig geregelt werden. Es kann nicht sein, dass während zäher und vielleicht noch Jahre andauernder Reformbemühungen weiter tausende junge Menschen umsonst in unseren Psychiatrien arbeiten. Und natürlich ist eine Bezahlung unseres Therapeutennachwuchses auch ohne ein überarbeitetes Gesetz, das die gesamte Ausbildung neu regelt, möglich.
- **Klärung des sozialrechtlichen Status:** Mittelfristig soll eine sozialrechtliche Eingruppierung erfolgen, damit langfristig die tarifliche Eingruppierung von Psychologinnen und Psychologen nach dem Master-Abschluss sowie nach abgeschlossener Psychotherapieweiterbildung geregelt ist und eine angemessene Bezahlung erfolgt.
- **Zugang zur Ausbildung:** Um die Qualität der Ausbildung der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zu erhalten, muss vorher ein Studienabschluss Master-Niveau erworben werden!
- **Psychologie als Basis der Psychotherapie erhalten:** Die Psychotherapie basiert auf der Lehre über die Psyche des Menschen, somit sind gerade in der ersten Studienhälfte psychologische Grundlagenfächer wichtig. Nur wer weiß, wie die gesunde Psyche funktioniert, kann pathologische (krankhafte) Prozesse angemessen beurteilen. Außerdem umfasst das bisherige Psychologiestudiengang Kenntnisse über die Erforschung der Psyche und auch von Therapiemethoden, auch diese sollten zukünftige Therapeutinnen und Therapeuten haben.
- **Studierende und PiAs in den Prozess einbeziehen:** Wir sprechen im Reformprozess über junge Menschen, die in Zukunft als Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten arbeiten werden. Darum sollten diese Gruppen auch in die Überlegungen und Prozesse einbezogen werden!

**Ansprechpartner für die Medien:**

Philipp Kardinahl, Pressereferent des BDP, [presse@bdp-verband.de](mailto:presse@bdp-verband.de)